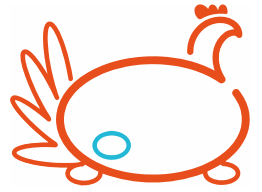


---

# Boitzenburger Landbote

Informationsblatt der Bürgerinitiative Eselshütt  
für das Boitzenburger Land und Umgebung



---

Ausgabe Nr. 17

August 2024

---

## Gastkommentar des „Bündnisses Lebenswertes Boitzenburger Land“ zur Wahl der Gemeindevertretung 2024

Liebe Boitzenburger Landbewohner!  
Ihr habt gewählt!

Als „**Bündnis Lebenswertes Boitzenburger Land**“ (BLBL) bedanken wir uns herzlich bei allen Wählerinnen und Wählern, die uns mit beachtlichen 273 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen haben – aus dem Stand und ohne Unterstützung einer Partei hätten wir es dank eures Votums als Wählergruppe mit immerhin 5,1% sogar in den Bundestag geschafft! Wie versprochen werden wir uns für eine rundum gesunde soziale und ökologische – kurz: „lebenswerte“ Lebenswelt einsetzen.

Für die konstituierende Sitzung der Gemeindeversammlung am 03.07.2024 haben wir uns zu einer **Fraktion** zusammengeschlossen: Als BLBL bilden wir unter dem Namen „**Bündnis für Beteiligung**“ gemeinsam mit jeweils einer gewählten Gemeindevertreter\*in der CDU, SPD und DIE GRÜNEN/B90 eine starke Gruppe mit zusammen 1.516 Stimmen (von insgesamt 5.404 gültigen Stimmen, das ist ein Anteil von immerhin 28,0%!). Unser Name „Bündnis für Beteiligung“ ist ein erster wichtiger Punkt unseres Programms, an dem wir derzeit arbeiten: Als Fraktion werden wir uns dafür einsetzen, dass über die Frage nach der Zukunft unseres Boitzenburger Landes - im Unterschied zur Politik der vergangenen Jahre - in vielen unterschiedlichen Formen eine von Anfang an mit möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern eine transparente, ergebnisoffene Diskussion über Alternativen geführt wird. Sprechen Sie uns an!

**Das Ergebnis der Gemeindewahl** ist bedenkenswert. Von 2.650 Wahlberechtigten haben im Boitzenburger Land 1.843 Personen gewählt (69,5%). Die nur noch 13 Sitze in der Gemeindeversammlung teilen sich eine

Einzelkandidatin und drei gleichgroße Fraktionen mit jeweils 4 Personen: der einzelne AFD-Kandidat in Fraktion mit der „Wählergruppe Ländlicher Raum Boitzenburger Land“ (WBLRBL), unser „Bündnis für Beteiligung“ (BfB) und die „Freien Wähler Boitzenburger Land“ (FWBL).



Foto: Ute Rott

Folgendes lädt zum **Nachdenken** ein:

1. Die Fraktion der Linken ist nicht mehr vertreten. Der AFD-Kandidat hat 1065 von 5404 gültigen Stimmen auf sich als Person vereinen können

- (19,7%), die er gegenüber den nur 940 Stimmen (17,4%) der übrigen drei Fraktionsmitglieder in die Fraktion 'Ländlicher Raum' (WGLRBL) einbringt. In der Wahl 2019 war er für die 'Freien Wähler' angetreten und hatte 21 Stimmen erhalten.
2. Zur Wahl des Gemeinde-Bürgermeisters am 22. September tritt er gegen den derzeitigen Amtsinhaber, Herrn Zimmermann, an.
  3. Im Uckermark Kurier vom 11.06.2024 rechnet der Autor Folgendes vor: „1065 der insgesamt 1843 Bürger, die am Sonntag an die Wahlurnen gegangen waren, gaben dem einzigen Vertreter der AfD, Christian Letz ihre Stimme...“ Fällt Ihnen etwas auf?
  4. In der vergangenen Legislaturperiode ist von der Mehrheit der damaligen Gemeindevertretung im Zuge einer vermeintlich 'grünen' Industriepolitik der Umbau des östlichen Gemeindegebiets von einer Agrar- in eine Energie-Industrie-Landschaft forciert worden. Die damit verbundenen Entscheidungsprozesse wurden zum Entzücken des Investors in atemberaubendem Tempo vorangetrieben. Alternativen wurden nicht entwickelt, Bürgerinnen und Bürger lediglich im gesetzlich vorgeschriebenen Minimal-Maß 'beteiligt'. Das reicht offensichtlich nicht. In die Gemeindevertretung (GV) sind nur 5 Vertreter\*innen aus der vorangegangenen GV wiedergewählt worden, die diese schwerwiegenden politischen Entscheidungen maßgeblich vorangetrieben haben. Immerhin 6 weitere aktive Vertreter\*innen dieser Politik sind zwar wieder zur Wahl angetreten, aber in ihrem Amt durch die Wählerinnen und Wähler nicht bestätigt worden.
  5. In die GV sind 6 „neue“ Kandidat\*innen gewählt worden. Auch wenn natürlich nicht da-

von auszugehen ist, dass alle 6 der Politik der vergangenen Legislaturperiode wirklich kritisch gegenüberstehen, so lassen sich die von ihnen insgesamt erzielten 2043 Stimmen als ein weiteres, deutliches Signal der Wählerinnen und Wähler für ein „Nicht-weiter-so!“ deuten.

Auch wenn man das Wahlergebnis 2024 freundlich interpretiert, legt es den Schluss nahe, dass es den Verfechtern des schwerwiegenden industriellen Umbaus der Region um Haßleben, Kuhz und Wichmansdorf in Verwaltung und GV offensichtlich nicht gelungen ist, eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler von der vermeintlichen Richtigkeit ihrer politischen Strategie zu überzeugen. Ebenso wenig haben sie deutlich machen können, welchen Nutzen die von ihnen auf Jahrzehnte hinaus getroffenen Weichenstellungen für die Lebenswelt der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich haben könnten. In den Ortsteilen und in der Gemeinde hat diese einseitige Interessenspolitik offensichtlich zu Spaltungen in vermeintliche Gewinner und Verlierer und die bei Weitem nicht ausreichende Kommunikation mit den Betroffenen zu Polarisierung, Enttäuschung und Wut geführt.

„Nicht-weiter-so“? Am 22. September wird im Boitzenburger Land der Bürgermeister gewählt. Man darf gespannt sein.

**Jan Michalek**

**für das „Bündnis Lebenswertes Boitzenburger Land“ als Gemeindevertreter in der Gemeindevertretung und stellvertretender Ortsvorsteher in Jakobshagen**

*Alle Zahlenangaben sind den offiziellen Veröffentlichungen der Gemeindeverwaltung entnommen*

---

## Impressum

BI Eselshütt – gegen industrielle Tierhaltung und für eine intakte Umwelt!  
Umweltthemen um Templin und im Boitzenburger Land (Uckermark).

## V.i.S.d.P.:

Ernst Wagner-Rott, Metzeltin 22, 17268 Templin  
[www.bi-eselshuett.de](http://www.bi-eselshuett.de) [www.facebook.com/BIeselshuett](https://www.facebook.com/BIeselshuett) [info@bi-eselshuett.de](mailto:info@bi-eselshuett.de)

Der Boitzenburger Landbote finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Wer uns finanziell unterstützen möchte, hier ist unser **Spendenkonto**:

BUND Brandenburg Stichwort „BI Eselshütt“  
IBAN: DE24 4306 0967 1153 2782 00 · BIC: GENODEM1GLS

oder über den direkten Link zu unserer Seite bei Betterplace: [www.betterplace.org/de/projects/54469](https://www.betterplace.org/de/projects/54469)

**Layout:** Sabine Wöhner, Kronach

Der Druck erfolgt über die Druckerei Nauendorf in Angermünde auf Recyclingpapier und mit mineralölfreien Farben: 80 g Circle Volume White, matt gestr., 100%-Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel, FSC-zertifiziert, EU-Ecolabel mit 1,1-fachem, Volumen, hochopak, (Papier von LEIPA aus Schwedt/Oder)

# Steht die Demokratie am Abgrund? Und können Wahlen daran etwas ändern?

**Es waren mal wieder Wahlen. Schon wieder, dachte ich, und hatte ich nicht gerade erst gewählt? Und hat sich bei den vergangenen Wahlen eigentlich irgendetwas im Interesse der Bürger verändert?**

Ich engagiere mich, soweit es Beruf und Familie zulassen, in verschiedenen Bürgerinitiativen und in einer Kleinstpartei. Dabei habe ich im letzten Jahrzehnt oft den Eindruck gewonnen, als würden die Bürger mit ihren Anliegen zwar angehört, jedoch können sie sich in den seltensten Fällen mit ihren Anliegen gegen die politischen „Bestimmer“ durchsetzen, ganz egal auf welcher Ebene, ob kommunal, auf Landes- oder auf der Bundesebene.

Worüber ich mir beim Thema Wahlen grundsätzlich Gedanken mache, ist die Frage, über welche Art von Demokratie die deutsche Bundesregierung eigentlich spricht, wenn sie die Menschen dazu auffordert, „unsere Demokratie“ zu verteidigen?

## **Um welche Art von Demokratie geht es?**

Sprechen die Vertreter der Bundesregierung von einer Elitendemokratie, wie sie Prof. Rainer Mausfeld von der Universität Kiel in seinem Vortrag „Elitendemokratie und Meinungsmanagement“ kritisiert? Oder geht es um eine Demokratie auf Grundlage einer Volkssouveränität, wie sie vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Gustav Heinemann (Bundespräsident 1969 bis 1974) formuliert wurde:

Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates. Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte misachtet“.

Als Mitglied einer Kleinstpartei weiß ich aus eigener Erfahrung, wie wenig Chancen man im Wahlkampf hat, wahrgenommen und gehört zu werden. Da werden Dörfer, Städte und Gemeinden von den großen Parteien mit viel Steuergeld regelrecht zuplakatiert mit oft nichtssagenden Wahlplakaten und riesigen Plakatwänden, und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sendet die Wahlwerbespots nach Parteigröße. Also erhalten die großen Parteien viel mehr Sendezeit als die kleinen Parteien und Bürgerbewegungen, die auch wertvolle Positionen vertreten. Was hat das mit Demokratie zu tun, mit gleichberechtigter Teilnahme am Wahlkampf oder mit unabhängiger Meinungsbildung? Schon der Zwang zum Sammeln von sog. Unterstützer-Un-

terschriften, damit man als Kleinstpartei überhaupt zur Wahl antreten darf, ist die Verhinderung einer gleichberechtigten Teilnahme aller Bürger am politischen Meinungsbildungsprozess.

In seinem aktuellen Vortrag „Demokratie am Abgrund“ legt Prof. Rainer Mausfeld die Gründe dar, warum Bürgerbewegungen und Kleinstparteien in „unserer Demokratie“ so, wie sie die deutsche Bundesregierung versteht, gar keine wirklichen Chancen haben, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und daran etwas zu ändern.

**„Wenn Wahlen etwas ändern könnten, dann wären sie verboten“.**

Er fordert uns auf, die Hoffnungslosigkeit, die sich aus diesem Satz ergeben könnte, in Veränderungsenergie umzuwandeln und uns zu engagieren, denn Widerstand ist nie zwecklos, wie wir im Weiteren noch sehen werden. Ruhig und sachlich erläutert Prof. Mausfeld, wie Demokratie von den alten Griechen als Mittel zur Einhegung der Macht der Mächtigen formuliert und gedacht gewesen war, und er stellt den Zustand „unserer Demokratie“ heute dagegen, für den nicht die einfachen Bürger eines Landes verantwortlich sind.

## **Wie kann man Macht einhegen, um die Zerstörung einer Gesellschaft zu verhindern?**

Prof. Mausfeld beschreibt, dass Macht grundsätzlich immer etwas Toxisches hat, weil sie nach immer mehr Macht strebt und damit den Zusammenhalt einer Gesellschaft zerstört. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, Leitplanken und Dämme gegen diese zerstörerische Dynamik von Macht zu entwickeln, als Schutz vor parasitären Eliten: „...Zum Schutz der Gesellschaft müssen die politischen und ökonomischen Eliten einer vollständigen Kontrolle und Rechenschaftspflicht durch die gesellschaftliche Basis unterworfen werden. Alle Machtstrukturen haben ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und sich den Machtunterworfenen gegenüber zu rechtfertigen, sonst sind sie illegitim...“.Daraus lässt sich die Forderung ableiten, dass jeder Bürger echte Kontrolle und wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen haben muss. Das geht weit über die bloße Beteiligung an Wahlen alle vier Jahre hinaus.

Haben die Bürger heute einen wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen oder wird nicht eher nach dem



Willen und den Teilinteressen der gerade amtierenden mächtigsten politischen Parteien entschieden? Und welche nicht demokratisch legitimierten Lobbys nehmen welchen Einfluss auf innerparteiliche Meinungsbildungsprozesse? Wie kann kontrolliert und sichergestellt werden, dass Meinungen sich auf allen Ebenen überhaupt „frei“ bilden können? „Sind die Prozesse der Meinungsbildung manipulativ, dann spielt die eigentliche Wahl keine Rolle mehr, weil die Meinungsbildung bereits synchronisiert ist“.

### **Manipulationsinstrument „Sprache“**

Im politischen Bereich geht es zentral immer um Sprache, denn Sprache ist das mächtigste Manipulationsinstrument. Die Medien haben eigentlich die Aufgabe, die Bürger in unverzerrter, ausgewogener und neutraler Weise zu unterrichten, damit diese sich eine unabhängige Meinung bilden können. Kommen die Medien dieser Aufgabe in ihrer heutigen Funktionsweise noch nach? Dazu sagt Prof. Mausfeld: „Die Massenmedien haben diese Funktion aufgegeben und sind zu Instrumenten der Informationskriegsführung im Dienst herrschender Machtverhältnisse geworden (...). Solange Massenmedien in privater Hand oder eng in politische und ökonomische Machtstrukturen eingebunden sind, kann es keine freie Urteilsbildung geben.“

### **Wie schaffen wir es, die Bedingungen einer freien Urteilsbildung zu sichern?**

„Parlamentswahlen spielen offenkundig in kapitalistischen Demokratien für alle grundlegenden politischen Entscheidungen keine Rolle mehr. Die Wahl selbst hat nur symbolischen Charakter (...), denn es geht nicht mehr um Sachentscheidungen (...), sondern um das Auswechseln politischer Galionsfiguren (...). Damit wird symbolisch die Fiktion der Volkssouveränität bekräftigt, auf der moderne Verfassungsstaaten begründet sind“ (Wolfgang Reinhard, „Geschichte des modernen Staates“, 2007). „Die Ursprungsidee von Demokratie ist heute aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, denn die Ursprungsidee war die Zivilisierung von Macht“.

Wie steht es also um unsere heutige Demokratie? Es gibt einen Widerspruch zwischen der Rhetorik, dass z.B. „Wahlen das wirksamste Instrument demokratischer Kontrolle sind“, und der Realität, dass ein systematischer, enthemmter Ausbau von Macht tatsächlich durch die Entscheidungsgewalt von politischen und ökonomischen Machteliten stattfindet. Das erzeugt bei den Menschen Gefühle politischer Ohnmacht und damit einen enormen Vertrauensverlust in die politische Führung.

Eine Studie über die Verhältnisse in Amerika besagt: „Die unteren 50% auf der Einkommenskala haben nur einen vernachlässigbaren ‚fast-Null‘-Einfluss auf politische Entscheidungen. Politische Entscheidungen werden von mächtigen Wirtschaftsorganisationen und einer kleinen Anzahl von wohlhabenden Amerikanern dominiert.“ (Gilens, M. & Page, B.I., 2014, Testing Theories of American Politics: Elites Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics 12, 564-581.)“ Dieses Gefühl eines „fast-Null-Einflus-

ses“ stärkt populistische Positionen, nicht nur in Amerika, sondern auch hierzulande:

„Was Bürger\_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollten, hatte in den Jahren von 1998 bis 2015 eine besonders geringe Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft also auch auf Deutschland zu“ (Elsässer, L, Hense, S. & Schäfer, A. 2017, ‚Dem Deutschen Volke‘? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27, 161-181).“ Eine Umfrage von Statista vom 13.02.2024 ergab, dass 54% der Wähler wieder genau die Parteien wählen würden, die für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich sind. „Die Entzivilisierung von Macht bedeutet eine gigantische Zerstörung mühsam errungener zivilisatorischer Substanz, alles mit Billigung und stillschweigender Duldung gerade der Teile der Bevölkerung, die am längsten das Bildungssystem durchlaufen haben.“

Ein wesentlicher Grund dafür, dass es fast unmöglich gemacht wurde, über Wahlen Veränderungen herbeizuführen, liegt in der engen Verflechtung von Kapitalmacht und Manipulationsmacht, die über Zeitungen, Fernsehen, Internet, Unterhaltungsindustrie und bis in die Schulen und Universitäten hinein die Wahrnehmung der Welt und deren Deutung prägen: „Die Medien bilden heute den Maschinenraum der Ideologieproduktion.“ Machteliten haben die Kapitalmacht, um über ThinkTanks, Lobbies, Stiftungen oder die Finanzierung von NGO's eigene Strategien zu entwickeln, geistiges Kapital und Medien einzukaufen und darüber den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies geht heute sogar soweit, dass diese Eliten sogar Gesetze und Vorschriften in die Federn der Parteien diktieren können.

### **Was tun? Wie lassen sich Auswege aus diesem Dilemma finden?**

In unserer heutigen Gesellschaft werden wir zu für sich stehende Einzelne auseinanderdividiert. Wird der Mensch vereinzelt, dann schließt er sich seltener mit anderen Menschen zu solidarischem Protest zusammen. „Wir brauchen wieder eine Idee von Gemeinschaft, denn der Neoliberalismus hat die Ideen von Gemeinschaft zerstört.“ Wir müssen wieder kollektive Ziele von einer gerechten, wohlgeordneten Gesellschaft formulieren. Diese Ziele lägen jenseits der Ziele einer elitär geführten Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt, der alle ökonomischen, medialen und politischen Mittel in der Hand hält, die eigenen Interessen durchzusetzen. Eine gerechte Gesellschaft hingegen gibt es nur, wenn der Schutz der Schwachen vor den Stärkeren gewährleistet ist und wenn sich politische Entscheidungen wieder stärker am Gemeinwohl orientieren. Diese Vorstellungen scheinen uns heute weitgehend verloren gegangen zu sein. Wir müssen auch zurück zu einer echten Gewaltenteilung, die eine wirkliche Kontrolle der demokratisch gewählten Vertreter gewährleistet!

## Die Macht des Aussprechens

„Das mächtigste Instrument, um neue Wege zu finden, ist die Macht des Aussprechens, was ist. Es ist das gewaltigste politische Mittel.“ (Ferdinand Lasalle, 1825-1864). Dieses Mittel kann jeder einzelne Mensch in seiner Lebenswelt und nach seinen Möglichkeiten tagtäglich zur Anwendung bringen. „Das Negative, den Abbau, was schädlich ist, was wegmuss, kann man dekretieren (bestimmen/entscheiden), den Aufbau, das Positive nicht. (...) Nur Erfahrung ist imstande zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.“ (Rosa Luxemburg)

Das entspricht dann auch der Ursprungsidee von Demokratie, dass es einen lernenden Souverän gibt, mit anderen Worten, dass es ein lernendes Volk gibt und dass dies von den politisch Verantwortlichen anerkannt, respektiert und gefördert wird. Das Volk muss souverän in der Gesetzgebung sein, denn das wäre die Grundlage einer demokratischen Gesetzgebung.

Und um hier wieder den Bogen zu demokratischen Wahlen zu schlagen, sollte es deshalb bspw. auch keine Zulassungshürden für Wahlen geben wie dem Sammeln von Unterstützerunterschriften. Demokratie heißt dann auch für jeden einzelnen mündigen Bürger, jederzeit lernfähig – und lernwillig! - zu sein und aus den Erfahrungen schöpferisch das eigene kreative Potential zu nutzen, mit Herz und gesundem Menschenverstand: „Ideen und Lösungen für eine Zivilisierung von Macht müssen von der gesellschaftlichen Basis entwickelt werden.“

„Sapere aude!“ , habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen (I. Kant): Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst!

Bedienen wir uns also unseres eigenen Verstandes, lassen wir uns nichts Vordenken, sondern sagen wir laut, mit Humor und mit friedlichen Mitteln, aber nachdrücklich, was ist. Dann kann eines Tages der Satz „Wenn Wahlen etwas ändern könnten, wären sie verboten“, seine Gültigkeit verlieren und wir alle könnten die Demokratie wieder als „unsere Demokratie“ bezeichnen.

Anke Hahn

---

## Quellen und Links

Elitendemokratie und Meinungsmanagement  
<https://www.ardmediathek.de/video/tele-akademie/prof-dr-rainer-mausfeld-elitedemokratie-und-meinungsmanagement/swr/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzExN-DA0NDc>

Demokratie am Abgrund

<https://www.youtube.com/watch?v=v3uHUim97l8>

Folien zum Vortrag Demokratie am Abgrund

[https://www.oedp-muenchen.de/fileadmin/user\\_upload/01-instancen/041/Vortraege/Vortraege\\_2024/Mausfeld\\_Demokratie\\_am\\_Abgrund\\_OEDP\\_2024\\_Folien.pdf](https://www.oedp-muenchen.de/fileadmin/user_upload/01-instancen/041/Vortraege/Vortraege_2024/Mausfeld_Demokratie_am_Abgrund_OEDP_2024_Folien.pdf)

---

# Windkraftanlagen: Gefahr für Gesundheit Regionalplan\* gegen Widerstand aus der Bevölkerung beschlossen

Eines wird sehr deutlich: Der Plan soll gegen den Widerstand von ganzen Bevölkerungsgruppen durchgedrückt werden. Bei 400 Einwendungen, die meist substantiell und inhaltlich gut untersetzt waren, kann nicht von einer einvernehmlichen Planentwicklung geredet werden. Auch dieser Plan geht an den Befürchtungen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei, und das obendrein mit der gönnerhaften Feststellung, dass man damit ja den Wildwuchs, der ohne Plan drohe, entgegenrete. Das stimmt leider nicht, denn auch mit dem Plan können Kommunen eigenständig Bebauungspläne aufstellen, um auf ihre Flächen weitere Windräder bauen zu lassen.

Bereits jetzt wird der Bevölkerung Enormes zugemutet, insbesondere in der nördlichen Uckermark, die vor lauter Windrädern als Landschaft kaum noch wahrnehmbar ist. Die vorgetragenen Einwendungen schildern zum Teil sehr eindringlich die gesundheitlichen Risiken, die von dieser Großtechnik für die Bevölkerung ausgehen, als da u.a. sind Infraschall (dessen krankmachende Wirkung noch immer

geleugnet wird), aber vor allem der permanent erfolgende Abrieb von den aus einer komplexen Kunststoffmischung bestehenden Windradflügeln, der pro Windrad in mehreren hundert Kilogramm pro Jahr erfolgt. Die Fasern sind lungengängig und krebserregend. Diesem Großversuch wird die Landbevölkerung bedenkenlos ausgesetzt. Die psychischen Folgen von Schattenschlag und „Diskobeleuchtung“ bei Dunkelheit werden ebenfalls nur randlich erwähnt und als eher nebensächlich abgetan

Durch die großräumige Industrialisierung einer ländlich geprägten Region wird jedoch Tausenden Menschen ein tiefverwurzeltes Heimatempfinden zerstört – die Folgen dessen sind auch politische Unruhen.

Das Berufen auf bestehende Gesetze und Sachzwänge ist vorgeschoben: Gesetze können geändert werden, ihre Durchsetzung muss den örtlichen Gegebenheiten und nicht dem Buchstaben folgen. Dahinter steht ganz unverhohlen

das Gewinnstreben ganzer Industrien, nicht aber die Wohlfahrt der Gesellschaft und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Überpräsenzte Windkraftanlagen, Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Massentierhaltungsanlagen in wachsender Dichte, industrialisierte Landwirtschaft, die die Böden verdichtet und vergiftet, das Grundwasser kontaminiert, Biodiversität auslöscht, dazu zukünftig auszubeutende Bodenschätze (Sande, Kiese, Ton), deren Lagerstättenöffnung ebenso tiefgreifende Veränderungen im Landschaftsbild verursachen werden; all das kann zu einem Identitätsverlust für die hier lebende Landbevölkerung führen. Den Sprengstoff, der darin liegt, sollte man nicht unterschätzen.

Von den Folgen für die Biodiversität, den Landschaftswasserhaushalt, die klimatische Ausrichtung im Land ist hier noch gar nicht gesprochen worden. Natur hat keine eigene Stimme, wir Menschen aber sind in der Pflicht, verantwortungsvoll und mitfühlend mit lebenden Wesen umzugehen. Das kann ich im vorgelegten Planentwurf nicht im Mindesten erkennen. Bisher noch notdürftig geschützte, zähneknirschend mit Schutzabständen berücksichtigte Vogelarten und Fledermäuse sind großzügig aus dem Katalog der zu beachtenden Arten mit ihren Brutstätten gestrichen worden – zu viele gibt es in Brandenburg davon. Besser kommt man ohne sie vorwärts. Den wenigen, denen ein Schutzwert zugesprochen wird, stehen nur noch so geringe Schutzabstände zu, dass man sie auch gleich ganz streichen kann – es sind nur noch dünne Feigenblätter.

Wenn ich weiter oben von Pflicht geschrieben habe, so gebe ich hier noch einmal eindringlich zu bedenken: Es ist nicht nur unsere Pflicht, die Natur zu bewahren, es ist unser ureigenes Überlebensinteresse. Denn ohne sie werden uns all die technischen Hilfsmittel zu Erhalt und Mehrung von „Wohlstand“ nichts nützen. Wenn wir unser Bleiberecht auf der Erde behalten wollen, dann müssen wir uns das verdienen. Und das können wir nicht, indem wir nur zu eigenem Nutzen allen andern den Lebensraum streitig machen und zerstören. Am Ende ist es unser eigener Raum, in dem

wir nicht mehr leben können werden.

Beate Blahy



Foto: Ernst Wagner-Rott

\*Der integrierte Regionalplan Uckermark-Barnim wurde am 21. Mai in der 42. Sitzung der Regionalversammlung als Satzung beschlossen. Neben der Sicherung von Flächen für die Windenergie (Vorranggebiete) auf 2,2 % der Fläche, geht es u.a. auch um die Entwicklung von Gewerbestandorten (0,73 % der Vorbehaltsgebiete), die Rohstoffsicherung und -gewinnung 0,57 % Vorbehaltsgebiete, 0,23 % Vorranggebiete), den Tourismus (33,9 % Vorbehaltsgebiete), die Siedlungsentwicklung (2,2 % Vorbehaltsgebiete), Verkehr und Mobilität, die Sicherung von bedeutenden Freiräumen (39 % Vorranggebiete) und die Entwicklung kulturlandschaftlicher Handlungsräume. Festgesetzt wurden auch 10 Potentialstandorte für die Wasserstoffproduktion. Der Regionalplan wurde mit 31 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. ([/uckermark-barnim.de/informationen/#Satzungsbeschluss](http://uckermark-barnim.de/informationen/#Satzungsbeschluss))

**Der Boitzenburger Landbote bedankt sich bei der Verfasserin und der Barnimer Bürgerpost für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.**

## Über „unsere“ Klimaziele

### Vorweg gestellt:

Wenn wir von Energiegewinnung und Energieträgern sprechen, sprechen wir auch von ihrer Kehrseite: Von Schadstoffen und Umweltzerstörung. Dass hier gerade die sogenannten erneuerbaren Energien – Solar- und Windkraftanlagen – mit im Fokus stehen müssten, wird meistens verschwiegen. Auf der anderen Seite stehen im Rahmen von Klimawandel die Treibhausgase von CO<sub>2</sub>, über Methan bis hin zu Fluorid-Gasen im Zentrum. Das CO<sub>2</sub> verbucht als Richtgröße bei einem Verbleib von durchschnittlich 120 Jahren in der Atmosphäre das globale Erwärmungspoten-

tial eins (engl. 1 GWP). Chemisch hergestelltes Schwefelhexafluorid-Gas ist Spitzenreiter der Erderwärmungs-Last und verbucht mit einem Verbleib von bis zu 3000 Jahren in der Atmosphäre einen GWP von 25.000. Fluorid-Gase finden u.a. zur Abdichtung von elektrischen Schaltkreisen in Wärmepumpen und Windkraftanlagen Verwendung. Es stellt sich – und das nicht nur anhand des GWP, sondern auch mit Blick auf Herstellungsprozesse und Entsorgung – die Frage, welcher Energieträger aus ökologischer Sicht am besten für eine wirklich umweltfreundliche Energiepolitik geeignet ist.



## „Energiewelt Brandenburg“

Die Landesregierung in Potsdam bezeichnet Brandenburg als „Energiewelt“. Obwohl die Energiestrategie der Landesregierung Brandenburg an erster Stelle auf PV-Anlagen auf Dächern verweist, entstanden bisher zwei Drittel dieser Anlagen auf Freiflächen, vielfach Ackerland. Obwohl die Landesregierung nicht müde wurde zu betonen, dass es keinen Strom aus Brandenburg für Berlin geben wird, wirbt die GASAG in Berlin: „unser Spreestrom wird durch Solarparks in Brandenburg produziert“. Überall beschleunigte Verfahren. Alles Überbauung. Jede Anlage eine Maschine in der Landschaft. Alles ökologisch? Nicht mal für eine der wirklich großen Anlagen hier im Boitzenburger Land findet sich ein Institut, das die Veränderung der Biodiversität, der Micro-Organismen im Boden dokumentiert. Wäre das doch das Mindeste, um die Vorteile der neuen Energieträger bei ihrer schlechten Energieausbeute zu beweisen.

Geringe Energieeffizienz bei den höchsten Strompreisen weltweit und einem nie da gewesenen Subventionsteppich. Oft genug wird die Strom-Menge abgeregelt, indem die Anlagen zwischenzeitlich gar nichts in die überlasteten Netze einspeisen dürfen, weil zu viel erneuerbarer Strom nicht abgenommen werden kann. Ohne Wind und Sonne müssen immer mehr Kohle, Gas und Öl die Lücken stopfen.

## Überversorgtes Brandenburg

Die Bundesnetzagentur wies 2023 eine reine Solaranlagen-Leistung von 5,7 Gigawatt in Brandenburg aus. Damit ist fast ganz Brandenburg (in etwa 1,3 Millionen Haushalte) bereits mit Strom versorgt. Wenn die derzeitige Windkraft-Leistung mit 7,6 Gigawatt (2023) dazu gezählt wird, hat heute schon mehr als die doppelte Bevölkerungsanzahl Strom. Nebenbei bemerkt: die Uckermark ist Europameister mit rund 700 Anlagen. Brandenburg will aber noch mehr. Es will Energieneutralität mit erneuerbaren Energien erzielen. Das heißt, den Anlagenbau vorantreiben: Wind, Sonne, Biogas usw. allerorten. Allein die Photovoltaik-Leistung soll dafür bis zum Jahr 2030 von den genannten 5,7 Gigawatt auf 18 Gigawatt installierter Leistung verdreifacht - und bis 2040 auf 33 Gigawatt fast versechsfacht werden.

## Flächenversiegelung und Verschwendung von Wasser

Es werden also zusätzlich sechsmal mehr Solar-Anlagen, wahrscheinlich Freiflächen-Anlagen benötigt, als jetzt schon genehmigt sind. Es werden sechsmal mehr Flächen bebaut. Dazu kommt das Land, das zusätzlich für das Verdoppeln der Windkraft-Anlagen (von 7,6 auf 15 GW 2040) gebraucht wird, dann das Land, das bebaut wird für den anstehenden Stromtrassenbau, das Land für LNG-, Biogas und Wasserstoffproduktions-Anlagen und die sogenannten „grünen Gewerbegebiete“, an denen sich neue Industrie in Brandenburg in der Nähe der Energieproduktionsstätten ansiedeln soll. Das wiederum bedeutet, dass auch der Wasserverbrauch steigt. Denn ohne Wasser keine Industrie. Die zugegebenermaßen verführerische Lebens-Gesellschafts-Grün-Gewaschene-Industriepolitik-Illusion „die

Welt zu retten“ und dabei „reich zu werden“ hat eine Art Durchmarsch angetreten. Beim Lithium-Abbau in der Atacama Wüste, der Ausbeute weiterer Kupfervorkommen in Chile, genauso wie hier in Brandenburg bei Wasserverschwendung und Flächenversiegelung. Dabei geht unter dem Wohlwollen des Bergamts in Cottbus das Vorhaben in Zehdenick nach Gas zu bohren in die nächste Runde. Und in Namibia steht eines der wenigen Feuchtgebiete, das Okavango-Delta, auf dem Spiel. Es ist aufgrund der Erschließung von Ölfeldern gefährdet. Nebenbei kommt ohnehin immer mehr Kohlestrom, französischer Atomstrom und „re-moralisiertes“ russisches Gas, das über Indien gekauft wird, zum Einsatz. Wollen wir aufhören uns „in die Taschen“ zu lügen?

## Naturschutz, Naturverträglichkeit? Nicht viel zu finden!

Der Brandenburger Klimaplan zum Erreichen der Klimaneutralität 2045, Anfang März verabschiedet, spricht in 103 zu erarbeitenden Maßnahmen auch von Landnutzung und Forstwirtschaft, spricht von Massen-Holznutzung, Biomassen-Erhöhung und landwirtschaftlicher Energieerzeugung. Es gibt einzelne passende Vorschläge im Rahmen der Wasserhaushalte. Wobei Schilfanbau bei Erschließung neuer landwirtschaftlicher Anbauformen mit neuen Gerätschaften zum Einsatz kommen soll. Aber zu Naturschutz oder Naturverträglichkeit als Basis ließ sich nichts Ausdrückliches finden. Dabei ist Klimaschutz etwas völlig anderes als der Ausbau erneuerbarer Energien Seite an Seite mit den Fehlentwicklungen industrieller Landwirtschaft und industrieller Tierhaltung zur Biogas-Produktion.

*Energieneutralität ist ein europäisches Rechenmodell.* Es soll den derzeit benötigten Einsatz von weltweit 34 Prozent fossiler Brennstoffe und den damit verbundenen CO<sub>2</sub> Ausstoß in Industrie und Verkehr mithilfe eines Zertifikathandels rechnerisch ausgleichen.

Betrifft das neben dem Anreiz zur Senkung des deutschen Anteils von 1,8 Prozent CO<sub>2</sub> auch die 30,7 Prozent CO<sub>2</sub>, die China jährlich ausstößt? Hat das einen Einfluss auf die mit Kohlestrom hergestellten Solarmodule aus China, allesamt Anwärter auf Sondermüll?

Lao-Tse sagte sinngemäß: „Wer innehält, erhält im Innern Halt“. Lasst uns innehalten und in Ruhe überlegen und entwickeln, was wirklich Sinn macht: Dorf für Dorf, Dorf für Dorf, Dorf mit Nachbardorf!

Es gilt Vollkosten-Rechnungen zu Rate zu ziehen, Herstellung und Vertriebswege unter die Lupe zu nehmen, über Trocken-Biogas-Anlagen, Wärmespeicherkonzepte statt Abregelung und über Langlebigkeit von Energieträgern nachzudenken, es gilt Bürger-Energiegenossenschaften zu gründen, um z.B. mehr gemeindliche Solar-Dachkonzepte zu entwickeln usw. . Ergreifen wir wenigstens lokal diese Gelegenheit und handeln wir wirtschaftlich eigenständig, bevor weiter und weiter über uns hinweg bestimmt und gebaut wird.

Kyra Maralt

# Hohensaatener Wald gerettet

**Hohensaaten (bbp). Auf dem Gelände des ehemaligen Treib- und Schmierstofflagers der NVA (TSL-22) zwischen Oderberg und Hohensaaten wollte die Lindhorst-Gruppe 3,7 Quadratkilometer gesunden Mischwald abholzen um dort einen Solar- oder Windpark samt Gewerbegebiet zu errichten.**

In der Stadtverordnetenversammlung von Bad Freienwalde gab es aktuell einen interfraktionellen Antrag, die Änderungen, die den Hohensaatener Wald betreffen aus der Fortschreibung des Fächennutzungsplans herauszunehmen. Die Lindhorst-Gruppe nahm dies nun zum Anlass, sich von ihrem Photovoltaik-Projekt zu verabschieden.

Der Wald, der dabei vernichtet werden sollte, ist das Bindeglied zwischen dem UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, dem Nationalpark Unteres Odertal und dem polnischen Landschaftsschutzpark Zehden. Der wertvolle Mischwald mit einer vielfältigen Flora und Fauna, darunter viele seltene und geschützte Pflanzen und Tiere, hatte sich auf dem ehemaligen Militärgelände, das nach aufwendiger Altlastensanierung dreißig Jahre lang in Ruhe gelassen wurde, herausgebildet.

„Rein formell galt die Fläche noch immer als Militärgelände“, erklärte dazu der Landtagsabgeordnete Peter Vida (BVB/Freie Wähler). „Auf solchen Flächen sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz vor, Photovoltaikanlagen massiv zu subventionieren. Entsprechend groß war das Interesse der Lindhorst-Gruppe, den gesunden Mischwald zu opfern, um von den hohen Subventionen zu profitieren. Aus ökologischer Sicht wäre dies reiner Irrsinn gewesen. Denn Photovoltaik auf ehemaligen Militärfeldern wird subventioniert, weil es sich dabei normalerweise um zerstörte Natur handelt. Nicht so in Hohensaaten. Die Bundesregierung hätte hier die Vernichtung eines gesunden Mischwaldes noch mit Sub-

ventionen aus Steuermitteln belohnt!“

Bereits seit Jahren kämpfte daher die Bürgerinitiative PRO WALD HOHENSAATEN, die auch von BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg unterstützt wurde, gegen die geplante großflächige Abholzung. Mit Erfolg: Die Lindhorst-Gruppe hat das Projekt nun gestoppt, laut eigenen Aussagen auch wegen „öffentlichem Druck“.

**Laut Vida ergibt sich nun die Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:**

„Die Landesregierung will zur Erfüllung von EU-Vorgaben große Flächen in Brandenburg als Wildnisgebiete ausweisen. Im Spreewald versucht sie das gegen den Willen der Bürger in einer von Menschen geschaffenen Kulturlandschaft aus Kanälen, Baumreihen und Feldern, die ohne menschliche Einflüsse nicht bestehen kann. In Hohensaaten besteht hingegen eine Fläche von mehreren Quadratkilometern, die defacto bereits ein Wildnisgebiet ist und nur noch als solches ausgewiesen werden müsste. Und das würde sicher auch von der ansässigen Bevölkerung akzeptiert werden.“

Die Landesregierung sollte prüfen, ob eine solche Ausweisung möglich, etwa durch Ausübung eines Vorkaufsrechts oder Erwerb der Flächen. Wir werden hierzu eine Anfrage im Landtag stellen.“

**Der Boitzenburger Landbote bedankt sich bei der Barnimer Bürgerpost für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.**

---

## „Klimafreundlicher Schul- und Alltagsverkehr“ oder „Nachhaltiger“ Abschied von der Schiene

Es ist kaum zu glauben, was Kommunal- und Landespolitikern in Brandenburg so alles einfällt. Anstatt sich zu überlegen wie man die ehemalige Eisenbahnverbindung Templin – Prenzlau reaktiviert, versuchen sie alles dafür zu tun genau das zu verhindern. Voller Stolz verweisen sie auf eine „Finanzierungsvereinbarung“ für den auf der Bahntrasse geplanten Radweg. Die „frohe Botschaft“ überbrachte der Infrastrukturstaatssekretär persönlich: Der Bund zahlt!

### Radweg statt Schiene?

Im „Lokalfuchs“ ist dann tatsächlich zu lesen: „Der neue Radweg soll helfen, den Schul- und Alltagsverkehr klimafreundlich zu machen (...).“ Mit einer Reaktivierung der Eisenbahnstrecke wäre das sicher besser zu machen – die Fahrräder könnte man dann im Zug (im Unterschied zum Bus) mitnehmen.

Wie wäre es, wenn sich Landes- und Kommunalpolitiker

mit den Möglichkeiten der Finanzierung von Streckenreaktivierungen durch den Bund beschäftigten, anstatt die Schließung einer Lücke im nordostdeutschen Eisenbahnnetz, die durch die Stilllegung der einstigen Schnellzuglinie entstanden ist, für immer zu verbauen?

*Text und Foto: Ernst Wagner-Rott*



*Abgebaut für immer?*